

Rechtsextremismus in der Ära Honecker - Ursachen - Folgen

Bis Anfang der achtziger Jahre erschien das Phänomen des Rechtsextremismus in der DDR wie vom Erdboden verschluckt. Es war den Skinheads vorbehalten, diese Scheinwelt zu enttarnen. Die teils aus der Punkbewegung stammenden Jugendlichen gaben dem Rechtsextremismus durch ihr uniformiertes und gewalttätiges Auftreten im Straßenbild und in Fußballstadien der DDR nicht nur ein öffentliches Gesicht, sie sorgten auch dafür, dass die gesellschaftliche Tabuisierung des Rechtsextremismus in der DDR aufgebrochen wurde. Als am 17. Oktober 1987 etwa 30 Skinheads lauthals Naziparolen schreiend und mit brutaler Gewalt gegen die Besucher eines Punkkonzertes in der Ostberliner Zionskirche vorgingen und der SED-Staat diese Aktion verharmlosend als "rowdyhafte Ausschreitung Jungerwachsener gegen andere Bürger" und durch vergleichsweise milde Urteile herunterzuspielen versuchte,¹ brachen Proteste unter Betroffenen und der Bevölkerung aus, die eine öffentliche Diskussion und härtere Strafen gegenüber den Tätern unumgänglich machten, wenn die DDR ihren antifaschistischen Anspruch nicht infragestellen lassen wollte.

Wer allerdings hoffte, dass vor diesem Hintergrund eine tiefgreifende öffentliche Auseinandersetzung über den Rechtsextremismus und seine Ursachen in der DDR beginnen würde, mußte sich enttäuscht fühlen. Da an dem Überfall nachweislich auch Westberliner Skinheads beteiligt waren, konnte der offiziell gepflegten Verschwörungstheorie, die rechtsextremistische Szene in der DDR sei ein abgefärbtes Produkt westlicher Infiltration, sogar neue Nahrung zugeführt werden. Die Ostberliner Skinheads, so hieß es, seien von "neofaschistischen Skinheads und dazugehörigen Freunden in Berlin (West) beeinflusst und aufgewiegelt" worden.²

Diese Verschwörungstheorie hat auch noch heute viele Anhänger. Es ist jedoch vor allem der Öffnung der Akten zu danken, dass ihr nicht mehr nur hypothetisch, sondern stichhaltig widersprochen werden kann. Meine These lautet:

Die Skinheads der späten achtziger Jahre verkörperten die sichtbar gewordene Spitze eines Eisberges, der seine Nahrung über Jahrzehnte hinweg vornehmlich aus dem Rechtsextremismus in der DDR bezog

¹ Generalstaatsanwalt der DDR. Zum Verlauf des Verfahrens gegen B. und andere." MfS HA IX 1588, S. 12-14, hier Bl. 12.

² Vorschlag zur Durchführung einer gerichtlichen Hauptverhandlung vor geladener Öffentlichkeit; BStU, ZA, MfS HA IX 1588, Bl. 50-56, hier 56.

Dafür sprechen zunächst einige Zahlen und Daten, die auf Untersuchungsergebnisse über widerständige Erscheinungen in der NVA und den Grenztruppen in der Zeit zwischen 1965 und 1980 sowie auf weitere Erkenntnisse des MfS und des Ministeriums des Innern in den siebziger und achtziger Jahren zurückgehen.

Unter 2.400 Armeeangehörigen, die die zuständige Hauptabteilung I des MfS zwischen 1965 und 1980 wegen angeblicher "Hetze" in einer Vorkommniskartei erfaßte, befanden sich 730, das heißt rund 30 Prozent, die wegen rechtsextremistischer Handlungen zur Rechenschaft gezogen werden mußten. Auf die Gesamtzahl der Armeeangehörigen bezogen war das zwar eine kleine Minderheit. Es ist jedoch zu bedenken, dass es sich dabei nur um die aufgeklärten Fälle handelte.

Die rechtsextremistischen Delikte verteilten sich anteilig auf die sechziger Jahre mit rund 33, auf die erste Hälfte der siebziger Jahre mit rund 24 und auf die zweite Hälfte der siebziger Jahre mit rund 43 Prozent.

Der Anteil der Soldaten unterer und mittlerer Dienstgrade war mit rund 44 Prozent nahezu gleich hoch und machte etwa 90 Prozent aller rechtsextremistischen Handlungen aus.

Der Anstieg in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre korrelierte mit rechtsextremistischen Erscheinungen, die in dieser Zeit an den allgemein- und berufsbildenden Schulen in der DDR registriert worden sind.

Nachdem zunächst das MfS verbal für das Jahr 1977 eine "anhaltende steigende Tendenz der Verbreitung neofaschistischen Gedankengutes unter Teilen jugendlicher Personenkreise" einräumen mußte und die SED-Bezirksleitung in Ostberlin unter Bezugnahme auf die Kriminalitätsentwicklung von "ersten Anzeichen für das Übergreifen faschistischen Gedankengutes durch junge DDR-Bürger" sprach, gelangten 1978 konkrete Zahlen und Vorgänge auf den Tisch.

Laut Hauptabteilung XX des MfS wurde von Schülern der Polytechnischen und Erweiterten Oberschulen sowie der Betriebsberufsschulen und Kinder- und Jugendsportschulen der DDR innerhalb von knapp sieben Monaten in 600 Fällen - wie es hieß - "neofaschistisches Gedankengut" verbreitet.

Auf die Polytechnische Oberschulen, das heißt auf 14-16jährige, entfiel ein Anteil von rund 75, auf die Betriebsberufsschulen 21 und auf die EOS 4 Prozent. Bei den Kinder- und Jugendsportschulen handelte es sich um Einzelfälle.

1978/79 gingen laut MfS 188 Fälle der "schriftlichen staatsfeindlichen Hetze" auf das Konto rechtsextremistischer Jugendliche. Zudem war von jugendlichen Fußballfans die Rede, die in den Stadien lauthals Naziparolen grölten.

Berichte in den achtziger Jahren lassen den Schluß zu, dass der Trend der siebziger Jahre anhielt. 1983 sahen sich MfS und Volkspolizei veranlaßt, ihre operativen Kräfte und Mittel auch auf rechtsextremistische Tatbestände zu konzentrieren. Sie wurden als Haupttrichtung des Gegners bewertet, in der DDR "staatsfeindliche Hetze" zu inspirieren.

In den Jahren 1985 bis 1986 fielen etwa ein Viertel aller Ermittlungsverfahren des MfS wegen staatsfeindlicher Hetze auf rechtsextremistische Delikte. Das Höchstalter der Täter stieg von 20 auf 26 Jahre.

Auch in der Armee hielt der Trend offensichtlich weiter an. Die HA I stellte im Frühjahr 1986 fest, dass die "Äußerungen faschistischen Charakters an Umfang und Erheblichkeit zunehmen".

Die Zahl rechtsextremistischer Jugendlicher veranschlagte das MfS 1987 auf 800, darunter befanden sich 38 Gruppierungen. Das Alter der Skinheads lag zwischen 16-25 Jahre.³

Nach dem Vorfall in der Zionskirche waren sich der SED-Staat und seine Sicherheitsorgane darüber im Klaren, dass die Gesellschaftsgefährlichkeit der jugendlichen Subkultur nicht mehr von den Punks, sondern von den Skinheads ausgeht. Entsprechend fielen die Konsequenzen aus. Zwischen Oktober 1987 und Januar 1988 wurden 94 von ihnen inhaftiert.⁴

In den Jahren 1988/89 leitete allein das MfS 188 Ermittlungsverfahren gegen Personen ein, die wegen "Äußerungen faschistischen, rassistischen oder militaristischen Charakters" anfielen. Auf die heutigen Länder bezogen dominierte Brandenburg mit 73 Verfahren. Es folgten Ostberlin mit 33, Mecklenburg-Vorpommern mit 31, Sachsen mit 26, Sachsen-Anhalt mit 14 und Thüringen mit 11 Fällen.

³ Einschätzung der HA XX über in der DDR existierende Jugendliche, die sich mit neofaschistischer Gesinnung öffentlich kriminell und rowdyhaft verhalten (o.D. Zeitkontext 1988); BStU, ZA, HA XX, S. 2.

⁴ Ebenda, S. 5.

Die letzte Auflistung von Skinheads stammt vom Oktober 1988. Ihre Zahl wurde mit 1.067 angegeben. Darunter entfielen auf Ostberlin 447, auf Brandenburg 211, auf Sachsen 192, Thüringen 103, Sachsen-Anhalt 102 und Mecklenburg-Vorpommern 12. Im April 1989 resümierte das MfS, dass trotz verstärkter operativer und gesellschaftlicher Einflußnahme die Zahl der Skinheads nicht abnimmt, sondern ausscheidende, zur Armee einberufene, inhaftierte und übergesiedelte Skinheads durch "nachwachsende Jugendliche zahlenmäßig ersetzt werden."⁵

Die Kontinuität rechtsextremistischer Handlungen in der DDR läßt sich indirekt auch aus den Schändungen jüdischer Friedhöfe ableiten. Seit 1954 sind insgesamt 30 Fälle bekanntgeworden. Schwerpunkte bildeten die Jahre 1956 (4), 1969 (3) und 1988 (4).⁶

Zum Inhalt rechtsextremistischer Äußerungen bzw. Handlungen

In der Armee dominierte die Verherrlichung des "Dritten Reiches" (23%). Es folgten (mit das Singen von Wehrmachts- und anderen Naziliedern (22%), die Verwendung des Hitlergrußes (18%), die Verherrlichung Hitlers als Idol und Führer - einschließlich Gedenkfeiern - (12%) und antisemitische Äußerungen (10%). Der Rest (15%) verteilte sich gleichmäßig auf die Verherrlichung der Wehrmacht, auf das Sammeln, Lesen und Verbreiten von Nazi-Literatur sowie auf fremdenfeindliche Äußerungen. Häufig trafen mehrere Delikte auf einen Fall zu.

Bezogen auf die Zeitachse trat in den sechziger Jahren das Singen von Wehrmachts- bzw. Naziliedern hervor (46%). Zwischen 1970 und 1974 dominierte die Verherrlichung des "Dritten Reiches" (35%). In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wurde das Handlungsrepertoire ausgeglichener; es nahmen allerdings die Verherrlichung Hitlers sowie antisemitische Äußerungen zu (17 bzw. 12 Prozent).

Bei den 1978 erfaßten Delikten der Schüler überwog das Schmieren rechtsextremistischer Symbole und Parolen (51%). Es folgten nahezu deckungsgleich in der Rangfolge mit den Vorkommnissen in der Armee Sympathiebekundungen für Hitler und die Verherrlichung seiner Politik, das Singen von Wehrmachts- und Naziliedern sowie antisemitische Äußerungen und das Sammeln und Aufbewahren von Naziliteratur.

⁵ Information der Hauptabteilung XX des MfS vom 20.4.1989; BStU, ZA, HA VII-2737, Bl. 88.

⁶ Vgl. Lothar Mertens: Davidstern unter Hammer und Sichel, Hildesheim 1997, S. 262ff.

Gruppierungen mit organisatorischen und programmatischen Ansätzen waren sowohl in der NVA als auch bei den Schülern Einzelpersönlichkeiten. Sie konnten sich aber teilweise erstaunlich lange halten und waren häufig mit Gewaltandrohung und Gewaltanwendung vor allem gegenüber SED-Mitgliedern verbunden.

So etablierten ein Unteroffizier und der Leiter eines Jugendclubs Gesprächsrunden, in denen über die "Vorzüge" des "Dritten Reiches" debattiert wurde. Dazu veranstalteten sie Lesungen aus Hitlers "Mein Kampf", aus dem "Völkischen Beobachter" und aus Landserheften. Auch wurden Reden von Göbels angehört. Bevor die Sache aufflog, kam es zwischen 1965 und 1970 zu immerhin rund 100 solcher Gesprächsrunden unter Beteiligung von jeweils etwa 6-8 Klubmitgliedern, darunter mehrere aktive und ehemalige Armeeangehörige.

Über ein Jahr lang konnte sich Mitte der siebziger Jahre eine Gruppe von sechs Unteroffizieren halten, die dem technischen Dienst der 1. Staffel des Hubschraubergeschwaders 34 der Luftstreitkräfte-Luftverteidigung Brandenburg angehörten. Mit ihnen zog in die Unterkünfte der Hitlergruß als normaler Umgangston ein. Sie verstanden sich als "Partezelle der ehemaligen NSDAP", feierten Hitlers Geburtstag und bewerteten Juden und Kommunisten sowie Farbige und Sorben als minderwertige Rassen. Sie beschlossen, nationalsozialistisches Gedankengutes zu verbreiten und gegen sog. "progressive Unteroffiziere und SED-Mitglieder" vorzugehen, um auf diese Weise die Kampfmoral der Hubschrauberstaffel - wie es wortwörtlich hieß - "zu zersetzen." Wer nicht mitspielen wollte, wurde bedroht und drangsaliert.

Die Schüler in den siebziger Jahren standen dem nicht viel nach:

1978 gründeten zehn 14-17-jährige einer Kinder- und Jugendsportschule in Karl-Marx-Stadt einen "Club ostdeutscher Neonazis". Sie forderten andere Schüler auf, Hitlers Geburtstag mitzufeiern, erzählten antisemitische Witze und beschimpften sog. "progressive" Gleichaltrige mit antikommunistischen und antisemitischen Vokabular.

In Leipzig fesselten drei Schüler zwei Mitschüler an einen Holzstamm und forderten sie mittels vorgehaltener brennender Streichhölzer am Gesicht auf, den Hitlergruß zu sprechen.

Fünf Lehrlinge aus dem Bezirk Frankfurt/O. führten sog. "Judenteste" durch. Sie zwangen andere Jugendliche zu Liegestütze und solchen Ausdrücken wie "Ich bin ein

dreckiges Judenschwein" oder "Herr Obersturmführer, ich bin ein Jude, ich möchte in die Gaskammer".

Im gleichen Jahr riefen Lehrlinge im Alter von 18 und 19 Jahren eine "Partei Demokratischer Nationalisten Deutschlands" ins Leben. Sie gaben sich ein Statut und Dienstgradbezeichnungen der SS und fertigten eine schwarz-rot-goldene Fahne mit Hakenkreuz auf rotem Grund. Aufnahmebedingung war die Bereitschaft, sich mit den beiden Weltkriegen und Naziführern zu befassen.

Selbst das MfS blieb von rechtsextremistisch gesinnten Genossen nicht verschont. Eine Information der HA I aus dem Jahre 1981 läßt erkennen, dass rechtsextremistische Umtriebe im Wachregiment keine exotische Ausnahme bildeten. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass derartiges Gedankengut in "mehreren Einzelfällen innerhalb von Gruppen- und Stubenkollektiven" auftrat und nicht zurückgedrängt werden konnte. Die Soldaten würden, so hieß es, den Hitler-Gruß ausführen, Nazi-Jargon benutzen und von "Heldentaten" der deutschen Wehrmacht und der SS sowie von Hitler als "Führer des deutschen Reiches" schwärmen. Schon 1974/75 wurden durch IM-Informationen drei Unteroffiziere des Wachregimentes erkannt, die sich zu einer "braunen Gruppe" zusammengeschlossen hatten und besonders aktiv auftretende SED-Mitglieder einschüchterten.

Das Phänomen der Gewalt unter den rechtsextremistischen Tätern gewann im Laufe der Zeit offensichtlich an Bedeutung. Im Bericht aus dem Jahre 1978 wird von einer generellen Zunahme der "Gewaltandrohung und- anwendung gegenüber Lehrern und Mitschülern" gesprochen, die bei rechtsextremistischen Tätern eine "besondere Relevanz" einnehme.

In der Armee, so eine Einschätzung der HA I im Frühjahr 1989 über die Rechtsextremisten, würden sich "zum Teil gefährliche Züge der Brutalität und Drangsalierung" zeigen.⁷

Zu Motiven und Ursachen

Auf der Suche nach den Ursachen rechtsextremistischer Äußerungen und Anfälligkeiten in der DDR-Armee kann der von ehemaligen Militärsoziologen der DDR aufgestellten These, dass die im zivilen Leben vorgeprägten Meinungen und Anschauungen während der Armeezeit nicht grundsätzlich revidiert werden konnten,

⁷ Information der HA I/AKG über operativ zu beachtende Erscheinungen neofaschistischen Charakters vom 22.5.1989; BStU, ZA, HA I, Bündel 426, S. 1-5.

gefolgt werden.⁸ Die ausgewerteten Vorgänge sprechen in der Tat dafür, dass der in der Armee angetroffene rechtsextremistische Geist nicht in erster Linie auf die Sozialisation in der Armee, sondern auf Sozialisationserfahrungen vor der Armeezeit zurückging. Die genannten rechtsextremistischen Gesinnungen bei Schülern liefern dazu einen beredten Beleg. Wie üblich wurde der Schwarze Peter dem Westfernsehen zugeschoben. Ansonsten erkannte man bei den Schülern Nachahmungseffekte und eher apolitische pubertäre Reaktionen.

Die beschriebenen begünstigenden Faktoren sind da schon aufschlußreicher. Es ist vom Versagen der Eltern, dem Zurückweichen von Lehrern und Ausbildern hinsichtlich des ideologischen Einflusses und selbst von der mangelnden Wirksamkeit institutioneller Erziehungsträger die Rede. Die Frage nach dem Warum blieb ausgespart.

Antworten liefern die rechtsextremistischen Täter in der Armee.

Ihr Gedankengut konnte sich vor allem deshalb entfalten, weil es sich den verbreiteten Widerwillen gegen das SED-Regime zunutze machen konnte. Eine wesentliche Rolle spielte das Informations- und Erziehungssystem der DDR, das von vielen rechtsextremistischen Akteuren als unglaubwürdig, verlogen und heuchlerisch dargestellt wurde. Die Propaganda der SED hatte sich durch Verfälschungen und Tabus derart diskreditiert, dass selbst eindeutige Tatsachen nicht mehr als solche wahrgenommen wurden. Differenziertere Berichte der Westmedien und glorifizierende Erzählungen von ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die in der DDR allorts im vertrauten Kreis anzutreffen waren, wirkten authentischer und damit glaubhafter.

Das Anschwellen rechtsextremistischer Delikte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre verweist auf eine weitere spezifische Ursache: Die Sowjetisierungspolitik Honeckers in Verbindung mit der Preisgabe der Deutschen Einheit lief der Seelenlage der meisten Ostdeutschen zuwider. Sie spielte vor allem solchen Rechtsextremisten in die Hände, die die slawischen Völker als minderwertig und Kommunisten als Feinde charakterisierten, und die besonders eifrig der Deutschen Einheit bis hin zum Großdeutschen Reich das Wort redeten. Das bipolare Denken in Freund-Feindbildern kehrte sich gegen das System.

Das alles erklärt, warum die Rechtsextremisten in ihrem unmittelbaren Umfeld weitestgehend auf Nachsicht und Toleranz, ja teilweise auf offene Zustimmung, stießen.

⁸ Vgl. hierzu die Veröffentlichungen in der Reihe Forschung aktuell der Karl-Theodor-Molinari Stiftung e.V. des Bildungswerkes des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Die straffällig gewordenen Skinheads der späten achtziger Jahre in der DDR, wie sie in einer geheim eingestuft und 1988 abgeschlossenen Studie von Prof. Loni Niederländer dargestellt werden,⁹ durften vor diesem Hintergrund wohl nicht weniger Nachsicht erfahren haben.

Abgesehen von ihren Gewalttätigkeiten wurden ihnen im Gegensatz zu den Punks Eigenschaften attestiert, die in der DDR hoch geschätzt waren: Ihre Einstellung zur Arbeit galt als geordnet. Sie erschienen diszipliniert, zuverlässig und höflich. Einige wurden als "beste Lehrlinge" ausgezeichnet, andere waren "häufig" Vertrauensmänner der Gewerkschaft und Mitglied eines Kollektivs der sozialistischen Arbeit. Sie genossen im Kollektiv einen guten Ruf. Die Mehrheit war Mitglied in der GST oder in Kampfsportgruppen und spielte aktiv Fußball. Sie waren zumeist ledig, hatten - soweit sie nicht bei den Eltern wohnten (70 Prozent) eine eigene gepflegte Wohnung, ein Sparguthaben und Fototechnik. Ihre Beziehungen zu den Eltern galten als gut. Beruflich gehörten die Eltern etwa zu 50 Prozent dem Handwerkerbereich an. Die anderen übten vornehmlich mittlere Leitungsfunktionen aus.

Hinsichtlich westlicher Einflüsse kommt Frau Niederländer zu dem Schluß, dass das "empirische Material keine überzeugenden Anhaltspunkte dafür liefert, daß dieser internationale Einfluß [gemeint Westeinflüsse] eine Art Existenzbedingung für die Gruppe wäre". Es sieht so aus, resümiert die Prof., "als ob sie auch ohne diesen Verbindungskanal wachstumsfähig werden."¹⁰

Selbst eine Einschätzung des MfS im Frühjahr 1989 kommt nicht umhin festzustellen, dass "in den bisherigen Untersuchungen keine Hinweise auf feste Organisationsstrukturen bzw. relevante Kontakte zu neofaschistischen und anderen Bewegungen im NSW bzw. in anderen sozialistischen Staaten erarbeitet werden (konnten)."

Beide, Frau Niederländer und das MfS kamen allerdings zu der Auffassung, dass die westlichen Einflüsse vor allem von Rechtsextremisten ausgehen, die aus der DDR stammen und entweder als Flüchtlinge oder direkt aus dem Gefängnis oder als Antragsteller auf Ausreise in den Westen gelangten.

⁹ Loni Niederländer: Information: Problemhintergründe für die Lebensweise junger Bürger, die zu Punk- und Skin-Head-Gruppen gehören; BStU, ZA HA XX/AKG 482: Vgl. auch BStU, Ast Halle Abt. XX, Sachakten Nr. 1566, Bl. 2ff.

¹⁰ Loni Niederländer: Forschungsbericht "Das politische Wesen der Skinheadgruppierungen und ihre Sicherheitsrelevanz; HUB, Sektion Kriminalistik, 28.2.1989; BStU, ZA, HA XX/AKG 5943.

Es ist von intensiven Rückverbindungen die Rede. Dazu gehörte u.a. auch ein vom MfS bezeichneter Anführer der Ostberliner Skinheads, der im Herbst 1988 übersiedelte.¹¹

Meine abschließende These lautet demzufolge:

Der Rechtsextremismus, wie er sich seit 1990 in den neuen Bundesländern zeigt, hat seine entscheidende Prägung über Generationen hinweg in der DDR erfahren. Er stieß auf ein weithin begünstigendes Umfeld in der Bevölkerung. Das Zusammenspiel mit der westdeutschen Szene, wie es vor allem seit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze und der Einheit Deutschlands möglich geworden ist, förderte die öffentliche Entfaltung der Rechtsextremisten in den neuen Ländern, nicht zuletzt allerdings durch solche, die ehemals Bürger der DDR waren.

¹¹ Information der HA XX des MfS zu aktuellen Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendliche sowie Ergebnisse und Wirksamkeit der politisch-operativen Arbeit zu ihrer Unterbindung und Zurückdrängung vom 10.4.1989, BStU, ZA, HA VII-2737, Bl. 85f.